

**Ä15 zu A8: Medienkompetenz und Plattformregulierung statt Verbote -
Kinder und Jugendliche brauchen sichere digitale Räume!**

Antragsteller*innen Dana ((DV Münster))

Antragstext

Von Zeile 11 bis 20:

Dabei sehen wir, dass soziale Medien durch ihre strukturellen Eigenschaften digitale Räume schaffen, in denen problematische Inhalte besonders sichtbar werden und sich Desinformation, Hassrede sowie Gewalt leichter verbreiten können. Dadurch entstehen Gefährdungsräume, in denen Täter:innen Gewalt an Kindern und Jugendlichen einfacher ausüben können [3].

Darüber hinaus steht intensive und unreflektierte Social-Media-Nutzung in Zusammenhang mit psychischen Belastungen wie erhöhtem Stress, Angststörungen, Depressionen oder einem verminderten Selbstwertgefühl [4].

~~Alle Menschen sind von den negativen Folgen intensiver Social-Media-Nutzung betroffen. Gerade junge Menschen sind besonders gefährdet, weil Social-Media-Algorithmen problematische Inhalte wie Fake News, Hassrede, Gewalt oder sexualisierte Darstellungen besonders sichtbar machen und Kindern und Jugendlichen häufig noch Erfahrung fehlt, solche Inhalte sicher einzuordnen [3]. Ein höheres Mindestalter ohne pädagogische Begleitung und Vorbereitung auf eine gesunde Social-Media-Nutzung im Jugendalter verschiebt das Problem lediglich. Ein Verbot dämmt die Risiken und Gefahren der sozialen Medien nicht ein und erhöht langfristig auch nicht den Schutz der Nutzer*innen.~~

Es ist jedoch nicht die bloße Nutzung sozialer Medien allein ausschlaggebend. Entscheidend sind vielmehr die konkreten Nutzungsweisen sowie die problematischen Strukturen vieler Plattformen [5]. Die Debatte sollte daher nicht ausschließlich zwischen Verbot und uneingeschränkter Nutzung geführt werden.

Von Zeile 32 bis 36:

Recht auf Teilhabe. Und dieses Recht gilt ausdrücklich auch in digitalen Räumen [4][6].
Junge Menschen brauchen sichere Orte, in denen sie sich informieren, austauschen,

beraten und vernetzen können. Die Jugendstudie 2026 macht deutlich, wie stark junge Menschen von gesellschaftlichen Belastungen betroffen sind^{[5][7]}. Gerade deshalb brauchen junge Menschen keine Verbote, sondern digitale Räume,

Von Zeile 45 bis 47:

- Plattformen sicherer gestalten. Geltende Regelungen wie der Digital Services Act^{[6][8]} müssen konsequent umgesetzt werden. Ohne politischen Druck werden Plattformen ihrer Verantwortung gegenüber jungen Nutzer*innen nicht

Von Zeile 92 bis 96:

^[4] Naslund, J.A., Bondre, A., Torous, J. et al. [Social Media and Mental Health: Benefits, Risks, and Opportunities for Research and Practice. J. technol. behav. sci. 5, 245–257 \(2020\). https://doi.org/10.1007/s41347-020-00134-x](https://doi.org/10.1007/s41347-020-00134-x)

^[5] Avci, H., Baams, L. & Kretschmer, T. [A Systematic Review of Social Media Use and Adolescent Identity Development. Adolescent Res Rev 10, 219–236 \(2025\). https://doi.org/10.1007/s40894-024-00251-1](https://doi.org/10.1007/s40894-024-00251-1)

^{[4][6]} [Allgemeine Bemerkung 25 zur UN-Kinderrechtskonvention](#)

^{[5][7]} <https://www.zdfheute.de/politik/deutschland/jugend-studie-2026-deutschland-100.html>

^{[6][8]} <https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/policies/digital-services-act>